

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.^a Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 10. Dezember 2025

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Markus Ullram, Kolleginnen und Kollegen zum selbstständigen Antrag Zahl 2100-0163, welcher wie folgt abgeändert wird:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend dramatische Engpässe in der Kinder- und Jugendpsychiatrie – Landesregierung muss dringend Handeln

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Bereits vor der Corona-Pandemie waren psychische Belastungen im Jugendalter auf dem Vormarsch – seither hat sich die Lage weiter verschärft. Aktuelle Rückmeldungen aus der Praxis zeigen in dramatischer Weise, dass das Burgenland strukturell unzureichend auf diese wachsenden Bedürfnisse vorbereitet ist.

Besonders alarmierend ist eine aktuelle Mitteilung des ärztlichen Leiters der Kinder- und Jugendpsychiatrie Nord im Burgenland. Aufgrund eines akuten Mangels an Fachärztinnen und Fachärzten ist diese zentrale Einrichtung aktuell nicht mehr in der Lage, eine vollumfängliche Versorgung sicherzustellen. Wartelisten-Fälle müssen abgewiesen werden, ganze Diagnostikbereiche – etwa für Essstörungen oder Autismus – sind gesperrt. Der Betrieb kann nur für Akutfälle aufrechterhalten werden. Selbst grundlegende Behandlungsbereiche wie die medikamentöse Einstellung bei leichten depressiven Symptomen, ADHS oder psychosomatische Fragestellungen sind nicht mehr möglich zu versorgen. Die bestehenden Strukturen sind schlichtweg unzureichend.

Diese Entwicklung ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck eines viel tiefer liegenden strukturellen Problems. So stellt auch die Volksanwaltschaft in ihrem aktuellen Bericht „Präventive Menschenrechtskontrolle 2024“ fest, dass es im gesamten Burgenland keine stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung gibt. Die Betroffenen – und oftmals auch ihre Familien – müssen auf lange Wartezeiten, weite Anfahrtswege und fragmentierte Versorgungsmodelle ausweichen.

Die medizinische Versorgung wird so zur sozialen Zumutung. Es braucht daher ein sofortiges, zielgerichtetes Gegensteuern. Die Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen darf nicht an regionalen Grenzen oder fehlenden Ressourcen scheitern.

Die burgenländische Landesregierung verweist in der öffentlichen Kommunikation gerne auf bestehende Angebote wie die psychosomatische Grundversorgung am Krankenhaus Eisenstadt oder das heilpädagogische Zentrum Rust. Doch diese Einrichtungen ersetzen keine echte kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung.

In Eisenstadt werden lediglich leichtere psychosomatische Belastungen behandelt – schwere Krankheitsbilder wie Schizophrenie, akute Suizidalität oder komplexe Angststörungen bleiben weiterhin ausgeschlossen. Auch das HPZ Rust ist auf eine kleine Zielgruppe begrenzt, verfügt nur über wenige Betten, keine Notfallkapazitäten und keine kontinuierliche fachärztliche Betreuung. Die Realität ist: Es gibt im Burgenland keine einzige vollwertige kinder- und jugendpsychiatrische Abteilung – weder tagesklinisch noch stationär. Die Landesregierung verkauft Teillösungen als Gesamtkonzept, während betroffene Familien im Ernstfall nach Graz oder Hinterbrühl ausweichen müssen.

Ebenso dramatisch ist die Situation im psychosozialen Dienst (PSD): Lange Wartezeiten, personelle Engpässe, fehlende flächendeckende Erreichbarkeit – und eine unklare Steuerung, die in manchen Bezirken de facto zu einem Versorgungsstillstand führt. Wenn Wartezeiten von sechs Monaten als „normal“ gelten und Notfälle keinen klaren Anlaufpunkt haben, dann ist das nicht nur ein organisatorisches Problem, sondern ein politisches Versagen.

Es braucht dringend eine strukturelle Neuausrichtung: von mobilen Krisenteams über eine tagesklinische Versorgungseinheit bis hin zur stationären Betreuung. Ohne eine klare Strategie, ausreichende Fachkräfte und ein tragfähiges Versorgungssystem bleibt das Burgenland ein weißer Fleck auf der psychiatrischen Landkarte – zum Nachteil jener, die unsere Hilfe am meisten brauchen: Kinder und Jugendliche in seelischer Not.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend Maßnahmen zu setzen, um die ambulante kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im Burgenland personell und strukturell zu stabilisieren und auszubauen;
2. die Voraussetzungen für eine stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtung im Burgenland zu schaffen und mindestens eine tagesklinische Versorgungseinheit als ersten Schritt umzusetzen;
3. einen konkreten Versorgungsplan für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorzulegen;
4. den psychosozialen Dienst (PSD) im Burgenland organisatorisch und personell neu aufzustellen;
5. den Aufbau mobiler Krisenteams und spezialisierter Akutversorgungseinheiten für Kinder und Jugendliche zu forcieren;
6. mit der Bundesregierung und benachbarten Bundesländern in einen Dialog zu treten, um Kooperationslösungen für die interimistische Versorgung sowie Ausbildungs- und Fachkräftepartnerschaften zu erarbeiten.